

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 18.07.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 19. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 09.06.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:57 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

Herr Diedrich Backhaus

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Dr. Helge Reinhold Braun

Herr Klaus Peter Möller

(ab 19:30 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser

Ausschussvorsitzende

Herr Rolf Krieger

Herr Gerhard Merz

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Christian Otto

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Außerdem:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

SPD-Fraktion

Herr Johannes Zippel

FW-Fraktion

Herr Tjark Sauer

Die Linke.Fraktion

(ab 19:10 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	(bis 20:30 Uhr)
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz	Dezernat I	(bis 20:30 Uhr)
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	(bis 20:30 Uhr)
Herr Dr. Gerd Hasselbach	Leiter des Stadtreinigungs- und Fuhramtes	(bis 19:50 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Frau Cevvahir Uludag		(bis 20:30 Uhr)
----------------------	--	-----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer	
-------------------	-------------	--

Gäste/Sachverständige:

Herr Dirk Schäfer	Geschäftsführer LTi GIESSEN 46ers	(ab 20:42 Uhr bis 20:54 Uhr)
Frau Schwarz	Mitarbeiterin LTi GIESSEN 46ers	(von 20:42 Uhr bis 20:54 Uhr)

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, kritisiert, dass die Tagesordnungspunkte 22 und 23 zu vage formuliert seien. Die Öffentlichkeit könne nicht erkennen, um welche Angelegenheiten es sich handele. Es sei nicht angegeben, dass es sich um Darlehensgewährungen handele. Ebenso seien die Begünstigten nicht benannt.

Stv. Janitzki beantragt, die Tagesordnungspunkte 21 bis 23 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, spricht formal dagegen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag des Stv. Janitzki wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der nachfolgenden Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2009 - 2013 - Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeinden
- Antrag des Magistrats vom 13.05.2008 - STV/1687/2008
3. Gründung der gemeinnützigen Lahnpark GmbH
- Antrag des Magistrats vom 18.04.2008 - STV/1665/2008
4. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 05.05.2008 - STV/1673/2008
5. 9. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Universitätsstadt Gießen vom 16.11.1981
- Antrag des Magistrats vom 19.05.2008 - STV/1680/2008
6. Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und den Konzertsaal im neuen Rathaus
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - STV/1662/2008
7. Berichtsantrag betreffend Gewerbefläche Lützellinden
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.05.2008 - STV/1698/2008
- 7.1. Großgewerbefläche Gi-Lützellinden
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.05.2008 - STV/1710/2008
- 7.2. Berichtsantrag Industriegebiet/Großgewerbefläche Lützellinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 - STV/1717/2008
8. Beleuchtungskonzept
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 - STV/1714/2008
9. Verhandlungen "Millerhall" (früher: Volkshalle)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 - STV/1715/2008
10. Stadtverordnetensitzungssaal im neuen Rathaus
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 - STV/1716/2008

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 11. | Berichts Antrag Campusentwicklung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 - | STV/1718/2008 |
| 12. | Einrichtung eines Wahlausschusses
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 09.05.2008 - | STV/1719/2008 |
| 13. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2009 - 2013 - Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeinden **STV/1687/2008** **- Antrag des Magistrats vom 13.05.2008 -**

Antrag:

„Der Vorschlagsliste der Universitätsstadt Gießen für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2009 - 2013 wird zugestimmt.“

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass noch nicht alle Fraktionen eine Vorschlagsliste abgegeben haben. Nach Auskunft des Stadtverordnetenbüros müsse dies bis zum 10. Juni nachgeholt werden, damit die Liste für die Stadtverordnetensitzung vervollständigt werden könne.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

3. Gründung der gemeinnützigen Lahnpark GmbH **STV/1665/2008** **- Antrag des Magistrats vom 18.04.2008 -**

Antrag:

„1. Dem anliegenden Gesellschaftsvertrag zur Gründung der gemeinnützigen Lahnpark GmbH wird zugestimmt.“

2. Die Stadt Gießen beteiligt sich am Stammkapital mit einer Einlage in Höhe von 7.000 €. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2008 bereitgestellt.“

Oberbürgermeister Haumann gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

4. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 - STV/1673/2008 - Antrag des Magistrats vom 05.05.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.6300051.951390 - Straßenbau Baugebiet Rechtenbacher Hohl - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

420.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

2.6300052.952350 - Gehweg- und Fahrbahnern. In den Erlen-	= 70.000,00 €
2.6300052.952980 - Umgestaltung Bahnhofstraße -	= 50.000,00 €
2.6300055.955030 - Fuß- und Radweg Rudolf-Diesel-Str.	= 100.000,00 €
2.6650055.955050 - Straßenb. Ern. Konrad-Adenauer-Brücke	= 70.000,00 €
2.6650055.955700 - Radverkehrs anl. Frankfurter Straße	= 130.000,00 €.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, und **Stv. Janitzki**, Linke-Fraktion, stellen Fragen zu den Deckungsvorschlägen, die von Stadtrat Rausch beantwortet werden. Dabei betont **Stadtrat Rausch**, dass für die beschleunigte Erschließung des Gewerbegebietes „Rechtenbacher Hohl“ keine anderen Vorhaben zurückgestellt würden.

Stv. Janitzki fragt, wie viel bisher auf der Haushaltsstelle 2.6300051.951390 ausgegeben wurde und wie viel für den anstehenden 2. Bauabschnitt benötigt werde. Er bittet um eine diesbezügliche Aufstellung bis zur kommenden Stadtverordnetensitzung.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, regt an, die Begründungen zu überplanmäßigen Ausgaben in den Magistratsvorlagen ausführlicher zu gestalten, insbesondere hinsichtlich der Deckungsvorschläge.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

5. **9. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der
Universitätsstadt Gießen vom 16.11.1981
- Antrag des Magistrats vom 19.05.2008 -**

STV/1680/2008

Antrag:

„Der anliegende Entwurf der 9. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen.“

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, erinnert mit Bezug auf seine Darlegungen im Bauausschuss, dass gemäß dem Kommunalen Abgabegesetz für die Gebührenerhöhung die Vorlage einer Kalkulation erforderlich sei. Da der Magistrat eine solche Gebührenkalkulation bisher nicht vorgelegt habe, beantrage seine Fraktion die Zurückstellung der Vorlage auf die nächste Sitzungsrunde.

Stv. Janitzki trägt einige Fragen vor, die er auf jeden Fall bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung beantwortet haben möchte. Auf Nachfrage sagt er zu, diese Fragen schriftlich einzureichen. *(Die mit Datum 10.6.2008 eingereichten Fragen des Stv. Janitzki sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

Weiterhin hebt **Stv. Janitzki** hervor, dass die beabsichtigte Reduzierung des Restmüllaufkommens auf ein Regelvolumen von 15 Liter je Bewohner und Woche bei den großen Wohneinheiten mit den 5000-Liter- und 1100-Liter-Tonnen besonders gravierend sei. Hier seien begleitende Maßnahmen notwendig, damit nicht die Mehrheit der Betroffenen unter möglichen Wenigen, die ihr Restmüllaufkommen nicht verringern, leiden.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, sieht keinen Grund, die Magistratsvorlage zurückzustellen. Rechtlich müsse der Magistrat eine Gebührenkalkulation nicht vorlegen, sondern es genüge eine Zugänglichkeit der Kalkulation.

Stadtrat Rausch betont zu den Fragen des Stv. Janitzki, dass der Landkreis sein Abrechnungsverfahren zum 1.1.2008 völlig umgestellt habe und daher eine Vergleichbarkeit zu den Jahren 2002 bis 2007 nicht gegeben sei.

Stadtrat Rausch erläutert ein fünfseitiges Papier zur Kalkulation der neuen Müllgebühren, dass er zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes vorgelegt hat. *(Das Papier ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)* Er weist daraufhin, dass die 1100-Liter-Tonne umgerechnet auf die einzelne Person insofern nicht teurer werde, als sie nun von einer größeren Anzahl von Personen genutzt werden könne.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich äußert, dass die neuen Müllgebühren wegen des Ziels der Restmüllreduzierung nach dem Verursacher-Prinzip kalkuliert seien.

Beratungsergebnis:

- Der Antrag des Stv. Janitzki auf Zurückstellung der Magistratsvorlage um eine Sitzungsrunde wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).
- Der Magistratsvorlage wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: Linke; StE: SPD).

6. Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und den Konzertsaal im neuen Rathaus **STV/1662/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Konzeption der Nutzung, dem Betrieb und der Vergabe von Kunsthalle und Konzertsaal im neu entstehenden Rathaus zugrunde liegt.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, diese Konzeption ggf. unverzüglich der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung noch vor Fertigstellung der Räume eine Nutzungs- und Vergabeordnung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Berichts sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Kunsthalle

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für die neu entstehende Kunsthalle - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Kunst-Ausstellungsräumen/-flächen - vorgesehen?
- Wer trifft die Entscheidung über die zu zeigenden Ausstellungen?
- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?
- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen?
- Werden im Rathaus zukünftig auch wieder Ausstellungen ihren Platz haben, die früher im Rahmen der ‚Forum‘-Ausstellungen im Rathaus gezeigt wurden, also auch Fotografie, historische und politisch-thematisch ausgerichtete Ausstellungen etc. ?
- Wird der Ausstellungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere‘ eingesetzt?

2. Konzertsaal

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für den neu entstehenden Konzertsaal - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Veranstaltungsräumen wie z. B. den Räumen der Kongresshalle, dem Netanya-Saal, dem Stadttheater, den Bürgerhäusern etc. - vorgesehen?

- Ist der Saal ausschließlich der Nutzung für musikalische Zwecke vorbehalten oder können dort auch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen o. ä. durchgeführt werden?
- Wer legt die Schwerpunkte fest bzw. wer entscheidet über das Jahresprogramm und über die Vergabe im Einzelfall?
- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?
- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen? Ist insbesondere eine kostengünstige Vergabe an Vereine, Verbände, Organisationen und Bürgergruppen vorgesehen, so wie dies gegenwärtig für die Kongresshalle, die Bürgerhäuser und den Netanya-Saal möglich ist?
- Wird der Veranstaltungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsgelegenheiten für Ältere‘ eingesetzt?“

Die **Vorsitzende** informiert, dass aus der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur folgender Änderungsantrag des Stv. Scherer, FDP-Fraktion, zum ersten Absatz des Grundantrages vorliege und von der SPD-Fraktion im genannten Ausschuss übernommen wurde:

*„Der Magistrat wird aufgefordert, **bis spätestens Ende 2008** der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Konzeption der Nutzung, dem Betrieb und der Vergabe von Kunsthalle und Konzertsaal im neu entstehenden Rathaus zugrunde liegt.“*

Stv. Merz, SPD-Fraktion, sagt, dass die SPD-Fraktion im gegenwärtigen Ausschuss den Änderungsantrag nicht übernehme. Ihm sei kein vernünftiger Grund ersichtlich, warum nicht schon gegenwärtig ein Nutzungs- und Vergabekonzept erstellt und die im Antrag gestellten Fragen beantwortet werden könnten.

Stadtrat Dr. Kölb weist daraufhin, dass gegenwärtig noch nicht feststehe, ob die Kunsthalle in der Kongresshalle erhalten bleibe oder einem Hotelprojekt weiche. Weiterhin sei noch nicht bekannt, welcher Aufwand die Herrichtung des Konzertsaales - Umbestuhlung etc. - für Veranstaltungen Dritter verursachen werde. Daher könne man sich im Augenblick noch nicht auf und in einem Nutzungs- und Vergabekonzept festlegen.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Schirmer, Scherer, Gail und Möller.

Beratungsergebnis:

- Dem Änderungsantrag des Stv. Scherer wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: Linke).
- Dem so geänderten Antrag der SPD-Fraktion (STV/1662/2008) wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

7. Berichts Antrag betreffend Gewerbefläche Lützellinden STV/1698/2008
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 15.05.2008 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im August über den Stand der Planung der interkommunalen Großgewerbefläche Lützellinden zu berichten. Hierbei soll die aktuelle Entwicklung in der Stadt Wetzlar ebenso dargelegt werden, wie deren Auswirkungen auf das bislang gemeinsame Vorhaben der Entwicklung einer Gewerbefläche.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7.1. Großgewerbefläche Gi-Lützellinden STV/1710/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.05.2008 -

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, umfassend über den aktuellen Planungsstand der Großgewerbefläche Gießen-Lützellinden - einschließlich des aktuellen Sachstandes der Zusammenarbeit mit der Stadt Wetzlar - zu berichten.
2. Den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Gießen - ggf. in Absprache mit der Stadt Wetzlar - die von der Verwaltung der Stadt Wetzlar in Auftrag gegebene Chancen- und Risikoanalyse für die Beteiligung der Stadt Wetzlar an der Großgewerbefläche Gießen-Lützellinden zur Verfügung zu stellen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7.2. Berichts Antrag Industriegebiet/Großgewerbefläche STV/1717/2008
Lützellinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, über den aktuellen Stand der Entwicklung und Vermarktung der Großgewerbefläche bzw. Industriegebiet Lützellinden zu berichten. Insbesondere soll über folgende Punkte berichtet werden:

1. Auf genau welche Flächen in der Gemarkung Lützellinden bezieht sich der aktuelle Entwicklungsstand?
2. Welcher Anteil dieser Flächen befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Besitz der Stadt Gießen? Welche Kosten sind durch den Ankauf dieser Flächen bisher insgesamt entstanden?

3. Welche Kosten sind durch Ankauf und Entwicklung (Planungskosten) dieser Flächen bisher insgesamt entstanden?
4. Welcher Anteil an diesen Kosten ist durch die Stadt Gießen zu tragen?
5. Welches sind nach Kenntnis des Magistrats die Gründe für die Stadt Wetzlar, einen Rückzug aus der gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung der Großgewerbefläche Lützellinden zu erwägen?
6. Teilt der Magistrat die erkennbare Skepsis der Stadt Wetzlar hinsichtlich der Vermarktbarkeit der Fläche und wenn nicht, warum nicht?
7. Welche Zahlen oder sonstigen Erkenntnisse liegen dem Magistrat der Stadt Gießen vor, die der Stadt Wetzlar (noch) nicht vorliegen?
8. Wurden nach Bekanntwerden der Bedenken Gespräche mit der Stadt Wetzlar geführt bzw. Maßnahmen ergriffen, um diese Bedenken zu zerstreuen?
9. Wurden der Stadt Wetzlar bereits neuere Daten zu den Chancen und Auswirkungen des Großprojekts geliefert und wenn ja welche?
10. Wann ist mit weiteren Schritten, insbesondere Magistratsvorlagen, bezüglich der Weiterentwicklung der Großgewerbefläche zu rechnen?"

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**8. Beleuchtungskonzept STV/1714/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, die technischen, ästhetischen und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung einer neuen Innenstadtbeleuchtung zu prüfen und diese bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung in eine entscheidungs-reife Vorlage münden zu lassen.

Die Konzeption soll beinhalten in welcher zeitlichen Abfolge, in welcher Form und zu welchen finanziellen Bedingungen das Beleuchtungskonzept des Architekten Herrn Hägele oder ein anderes in der Stadt Gießen realisiert werden soll. In den Meinungsbildungsprozess sind die vier BIDs, insbesondere das BID Seltersweg als möglicher Pionier, einzubeziehen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

**9. Verhandlungen "Millerhall" (früher: Volkshalle) STV/1715/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen mit

der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) mit dem Ziel einer Übernahme der ‚Millerhall‘ (frühere Volkshalle) durch die Stadt Gießen aufzunehmen.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, begründet den Antrag. Er führt im Hinblick auf die in der örtlichen Presse geäußerten Position des Magistrats aus, die Volkshalle solle von der Stadt nicht auf jeden Fall gekauft werden, aber es müsse in ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel einer Übernahme des Gebäudes eingetreten werden. Dazu solle eine sachgerechte Aufnahme des Sanierungs- und Modernisierungsaufwandes erfolgen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, äußert, er nehme die öffentlich geäußerten Bedenken des Magistrats ernst. Neben dem erheblichen Sanierungsbedarf sei zu bedenken, dass die Volkshalle wegen ihrer Konstruktionsweise mit Trägersystemen und Säulen angesichts heutiger Standards und rechtlicher Vorgaben für Sportveranstaltungen nur sehr eingeschränkt nutzbar sei.

Stv. Möller stellt für die Koalitionsfraktionen folgenden Initiativantrag:
„Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt das Interesse an einer Übernahme der Volkshalle (‚Millerhall‘) durch die Stadt Gießen. Daher wird der Magistrat der Stadt Gießen gebeten zu prüfen, zu welchen Bedingungen die Volkshalle von der BIMA übernommen werden kann. Weiterhin ist zu prüfen, ob und zu welchen Bedingungen ein tragfähiges Konzept für die zukünftige Nutzung zu erstellen ist.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, hält den Initiativantrag von seiner Grundsatzaussage für richtig, Er schlägt aber vor, dass bis zur kommenden Stadtverordnetensitzung interfraktionell versucht werde, einen gemeinsamen, präzisierten Antrag zu formulieren.

An der Aussprache beteiligen sich weiter die Stadtverordneten Schirmer, Janitzki und Grabe-Bolz sowie Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis:

- Dem Initiativantrag wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/Linke/FDP; StE: SPD).
- Den ursprünglichen Antrag zieht die SPD-Fraktion zurück.

10. Stadtverordnetensitzungssaal im neuen Rathaus - Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -

STV/1716/2008

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wann und von wem Entscheidungen hinsichtlich der Größe, der Zahl der Plätze für Parlamentarier/-innen, Zuschauer/-innen und Presse, der Funktionalität und der sitzungstechnischen Ausstattung getroffen worden sind und was der aktuelle Stand der Planung ist.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, erläutert den Antrag.

Oberbürgermeister Haumann sagt, aus der Sicht des Magistrats könne der Antrag schriftlich beantwortet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

11. **Berichtsantrag Campuserwicklung** **STV/1718/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -

Antrag:

„Das Consilium Campuserwicklung Gießen hat ein erstes Konzept für die bauliche Zukunftsplanung der Justus-Liebig-Universität vorgelegt und Empfehlungen für zukünftige Bauvorhaben und Umgestaltungen präsentiert. Die SPD-Stadtvorordnetenfraktion bittet den Magistrat zu berichten,

- inwiefern der Magistrat der Stadt Gießen in diesen Planungsprozess bisher miteinbezogen worden ist
- wie der Magistrat die bisher vorgelegten Empfehlungen bewertet
- und wie der Magistrat in stadtplanerischer Hinsicht für dieses Projekt seine Mitverantwortung in Zukunft wahrnehmen möchte.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

12. **Einrichtung eines Wahlausschusses** **STV/1719/2008**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 09.05.2008 -

Antrag:

„Zur Vorbereitung der Wahl eines hauptamtlichen Stadtrats/einer hauptamtlichen Stadträtin wird gemäß § 42 HGO ein Wahlausschuss gebildet. Für die Mitglieder der einzelnen Fraktionen gilt das Benennungsverfahren.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, spricht sich gegen die Einrichtung eines Wahlausschusses aus. Stadtrat Dr. Kölb solle bis zum Ende der Wahlzeit der gegenwärtigen Stadtvorordnetenversammlung im Amt bleiben. Im Hinblick auf die Kommunalwahl im Frühjahr 2011 sei ein Wechsel im hauptamtlichen Magistrat zum 01.03.2009 falsch.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, lehnt die Einrichtung eines Wahlausschusses ebenfalls ab, da seine Fraktion die Auffassung vertrete, dass drei hauptamtliche Magistratsmitglieder ausreichend sind.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke).

13. Verschiedenes

Antrag:

- **Oberbürgermeister Haumann** gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats zum Antrag der SPD-Fraktion STV/1660/2008 fertig gestellt sei. Er stellt Exemplare dieses Antwortschreibens zur Verteilung an die Ausschussmitglieder zur Verfügung.
- **Oberbürgermeister Haumann** bietet zum Public Viewing im Schiffenberger Tal anlässlich der Fußballweltmeisterschaft den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats an, Karten für den VIP-Bereich zu organisieren. Diesbezügliche Anmeldungen erbittet er an das Büro des Dezernates I.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h